

**Rede  
des Fraktionssprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

**Stefan Klein, MdL**

zu TOP Nr. 45

**Haushaltsberatungen 2020 - Haushaltsschwerpunkt  
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**

während der Plenarsitzung vom 18.12.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beginne einmal nett und bedanke mich zunächst im Rahmen der Haushaltsberatungen, und zwar bei dem Ressortminister, Herrn Dr. Althusmann, für den engen Austausch sowie bei dem Staatssekretär, Herrn Dr. Lindner, und bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die kompetente Unterstützung, speziell durch Herrn Konze, der von Herrn Eule eine schwierige Aufgabe übernommen hat, die er sehr gut wahrnimmt.

Herzlichen Dank auch an unsere Koalitionspartner, an die CDU-Fraktion, für den - das kann ich so sagen - vertrauensvollen, engen und angenehmen Austausch. Lieber Karl-Heinz Bley, liebe Mareike Wulf, ich glaube, wir machen das ganz gut. Das sollte so weitergehen.

Herzlichen Dank auch an die Kollegen der anderen Fraktionen im Ausschuss und speziell an Herrn Bode und an Herrn Schulz-Hendel, für die Kooperation im Ausschuss. Bei uns im Ausschuss geht es immer sehr fachlich zu. Es gibt - zumindest meistens - keine persönlichen Angriffe. Das sollte so bleiben.

Ich komme jetzt zur wirtschaftlichen Lage.

Die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen sieht gut aus. Das kann man durchaus so sagen. Die Rahmendaten sind positiv, speziell gestützt durch den Arbeitsmarkt. Wir haben eine relativ geringe Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent, und wir haben gute Tarifsteigerungen zu verzeichnen. Dies stützt die gesamte wirtschaftliche Situation in Niedersachsen.

Klar: Wir haben auch Risiken. Die IHK hat, glaube ich, im Oktober nach einer Umfrage von einem drohenden Abschwung gesprochen. Sie hat die geopolitischen Risiken angesprochen - den Brexit, den Handelskonflikt, die Politik der USA -, aber auch das Thema der Automobilwirtschaft, die Transformation, die in Niedersachsen auch die Zulieferer betrifft und in Zukunft betreffen wird.

Allerdings haben wir auch einige nationale Themen abzarbeiten. Ich nenne das Thema Bürokratieabbau, das Thema Planungsbeschleunigung, das Thema digitale Infrastruktur sowie vor allem auch das Thema Fachkräfte und die Unsicherheit der Unternehmen -auch wenn es jetzt eine Vereinbarung gibt -, wie sich der Klimaschutz dauerhaft auf sie auswirken wird und welche finanzielle Unterstützung sie für die notwendige Transformation bekommen.

Wir gehen das in Niedersachsen offensiv an. Beim Minister wurde die Stabsstelle für Bürokratieabbau eingerichtet, die, wie ich es wahrnehme, sehr engagiert und

auch erfolgreich an diesen Themen arbeitet und mit den Akteuren in einem engen Kontakt steht, die Vorschläge unterbreiten.

Wir investieren massiv in die Digitalisierung. Unser Sprecher für diesen Bereich, Jörn Domeier, wird nachher noch darauf eingehen. Wir haben einen Strategiedialog mit der Automobilwirtschaft und speziell mit der IG Metall sowie NiedersachsenMetall gestartet. Wir erwarten in einiger Zeit die ersten Ergebnisse. Der Dialog läuft drei Jahre.

Außerdem investieren wir in Innovationen. Ich möchte hier speziell einige Punkte herausgreifen. Im vergangenen Jahr haben wir über die politische Liste 3 Millionen Euro für die Luft- und Raumfahrt zur Verfügung gestellt. In diesem Haushalt stehen 4 Millionen Euro im Etat des Wirtschaftsressorts.

Das ist auch gut so, weil in dieser Branche in Niedersachsen in über 250 Unternehmen mehr als 30.000 Menschen arbeiten. Dass gerade die Grünen diese Mittel komplett kürzen wollen, verwundert mich sehr. Gerade in diesem Sektor bestehen nicht nur enorme Notwendigkeiten, sondern auch große Chancen für den Klimaschutz. Daher ist Ihre Ablehnung eher kontraproduktiv.

Apropos Klimaschutz: In den vergangenen zwölf Monaten gab es geradezu eine Erosion der öffentlichen Meinung - so würde ich das bezeichnen -, wobei ich sicher bin, dass, wenn unsere wirtschaftliche Lage eine andere wäre, die Diskussion etwas anders verlaufen wäre, als das aktuell der Fall ist. Nichtsdestotrotz misst ein größerer Teil der Bevölkerung diesem Thema eine viel höhere politische Bedeutung bei. Das darf aber aus unserer Sicht nicht unabhängig von und an den Interessen der Bevölkerung sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorbei geschehen.

Daher ist ausdrücklich hervorzuheben, dass sich unsere beiden Vertreter im Volkswagen-Aufsichtsrat erfolgreich für Salzgitter als Standort der ersten Batteriezellfertigung eingesetzt haben.

Gleiches gilt für die große Unterstützung, die die Wasserstofftechnologie von dieser Landesregierung erhält. Ich nenne beispielhaft das Salcos-Projekt der Salzgitter AG, das durch den Einsatz von Wasserstoff eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um bis zu 95 Prozent ermöglichen kann.

Wir, also die beiden Fraktionen, setzen mit unserer politischen Liste zum Etat des Wirtschaftsressorts auf Maßnahmen für klimaschonende Mobilität und auf Maßnahmen - Sie haben es angesprochen - zugunsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Mit zusätzlich 4 Millionen Euro für den Radwegneubau an Landesstraßen werden wir die Mittel für den Neubau von Radwegen im Verhältnis zum letzten Haushalt auf insgesamt 10 Millionen Euro verdoppeln.

Das ist ein echter Erfolg der beiden Fraktionen. Das haben wir nämlich gemeinsam auf den Weg gebracht. Sie, Herr Schulz-Hendel, wollen die Mittel für Straßensanierung bei den Landesstraßen massiv - ich glaube, um 28 Millionen Euro - und bei den kommunalen Straßen um 15 Millionen Euro kürzen. Das halten wir für den falschen Weg. Wir spielen nicht gegeneinander aus. Wir brauchen beides. Die von Ihnen vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich der Straßensanierung würden vor allem den ländlichen Raum schwächen.

Die Menschen dort sind auch in Zukunft viel stärker auf das Auto angewiesen als die Menschen in Ballungsräumen. Zudem möchte ich anmerken: Auch Busse und E Autos brauchen gute Straßen.

Wir sehen die Notwendigkeit, den digitalen Wandel in der Arbeitswelt gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Gewerkschaften zu gestalten. Daher stellen wir 200.000 Euro zusätzlich für das Zentrum für gute digitale Arbeit und Mitbestimmung, ZegdAM, zur Verfügung, um Interessenvertretungen besser zu schulen und zu begleiten.

Trotz des Fachkräftemangels ist es keineswegs so, dass alle Beschäftigten ihre Rechte kennen oder vernünftig behandelt werden. Wir konnten erst vor wenigen Wochen im Ausschuss hören, wie wichtig es war, dass von dem damaligen Wirtschaftsminister Olaf Lies und seiner Staatssekretärin Daniela Behrens ab 2013 vier Beratungsstellen für mobile Beschäftigte geschaffen wurden. Der Handlungsbedarf ist hier ungebrochen, sodass wir eine Lücke schließen und eine weitere Beratungsstelle in Osnabrück eröffnen wollen. Hierfür stellen wir die benötigten 200.000 Euro in den Haushalt ein, und das ist gut so.

Künftig erhält die Landesverkehrswacht eine projektunabhängige Förderung für ihre wichtige Arbeit, gerade im Bereich der Verkehrssicherheit. Hierfür stellen wir 150.000 Euro ein. Gerade durch die Veränderungen im Mobilitätssektor werden die Anforderungen an die Verkehrswacht deutlich höher, als sie bisher gewesen sind. Daher ist das Geld hier gut angelegt.

Zudem investieren wir in die maritime Wirtschaft und die Hafeninfrastruktur. Hierzu wird der hafenpolitische Sprecher der Fraktion Matthias Arends gleich noch eigene Ausführungen machen. Insgesamt stellen wir mit dem Wirtschaftshaushalt und unseren Schwerpunkten über die politische Liste die richtigen Weichen im Sinne der Beschäftigten und der Unternehmen, aber auch im Sinne des Klimaschutzes.

Abschließend noch eine Bemerkung zu Ihren Beiträgen, Herr Schulz-Hendel. Sie haben Punkte gesucht, die Sie uns vorwerfen können. Sie haben zwei genannt. Ich will es einmal so sagen: Wenn Sie hier Ihren Antrag zur Reaktivierung anführen und keinen weiteren Punkt gefunden haben, dann haben wir alles richtig gemacht. Denn in diesem Fall haben wir alles, was passiert ist, auch im zeitlichen Ablauf, in enger Abstimmung mit Ihnen gemacht. Ich will daran erinnern, dass wir die Vorlage im Ausschuss, ich glaube vor vier bis sechs Monaten, gehabt haben. Aufgrund des Berichts der Landesregierung, aufgrund der Bundesmittel, die wir erwarten, haben Sie vorgeschlagen, diese Vorlage erst wieder im nächsten Frühjahr aufzurufen. Vor diesem Hintergrund finde ich es nicht legitim und redlich, diesen Punkt als unser Versäumnis anzuführen. Das weisen wir entschieden zurück.

Ich denke, wir haben eine gute Liste mit guten Maßnahmen vorgelegt. Die werden wir auch so umsetzen und durchsetzen. In diesem Sinne danke ich fürs Zuhören.

Glück auf!